Erwerbslosen-Sondernummer

Jahrgang 1 Nummer 35 — Redaktion und Verlag Berlin NW 6, Luisenstr. 28 — Preis 15 Pfg.

Räte-Zeitung

Erste Zeitung der Hand- und Kopfarbeiterräte Deutschlands

Fernsprecher: Redaktion, Amt Norden 4122.

Die Räte-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus durch Boten oder durch Postanstalten 1 Mark für den laufenden Monat, 3 Mark für ¼ Jahr. Die Räte-Zeitung kann bei jeder Postanstalt bestellt werden.

Mitteilungsblatt des Reichs-Erwerbslosen-Ausschusses, des Bundes ehemaliger Schutzhaft-Gefangener, des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, des Zentralrates der Eisenbahn-Arbeiterräte, des Deutschen Eisenbahner-Verbandes usw.

Für Berlin, Vororte und für außerhalb Preis 20 Pfg.

Fernsprecher: Verlag und Inseratenannahme, Amt Norden 4136.

Inserate kosten die siebengespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 90 Pfg. Vorzugsanzeigen das fettgedruckte Wort 15 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Teuerungszuschlag 30 %. Inserate für die folgende Nummer müssen bis Mittwoch abend 6 Uhr beim Verlag eingegeben sein. Familien- und Versammlungsanzeigen ohne Teuerungszuschlag.

Arbeitslose schließt euch zusammen!

Arbeitslos — Arbeiterlos!

Ihr Arbeitslose, die man Euch nicht genug mit Schmutz bewerfen kann!

„Ihr seid die Faulenzer, Nichtstuer, die nicht arbeiten wollen."

„Freilich, mit Eurer Unterstützung könnt Ihr ja auch ein Schlemmerdasein führen."

Die armen Toren, die das sagen und damit zeigen, daß sie kein Verständnis haben, das Problem der Arbeitslosigkeit — als Ausfluß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — zu erkennen und zu begreifen.

Nicht Ihr, Arbeitslose, seid schuld an der Erwerbslosigkeit — es gibt nicht erst seit gestern und heute Arbeitslose, schon immer gibt es solche, sie mußten sein, denn der Kapitalismus braucht eine Reservearmee als Lohndrücker. Auch durch die wahl- und planlose Produktion, die zur Ueberproduktion führte, wurden Arbeiter oft genug auf die Straße geworfen.

Die plötzliche Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft brachte ein Chaos und die Arbeitslosigkeit mußte riesengroß werden.

Sammelt Euch um die Erwerbslosenräte.

Man hat behördlicherseits manches Gute und Nützliche getan, um die Erwerbslosigkeit zu mindern. Doch der bürokratische Staatsapparat, das von oben nach unten Wollende, hat hier wieder eine fatale Bürokratisierung geschaffen.

Viele Bestimmungen sind getroffen, die in der Praxis von den Arbeitgebern nicht eingehalten werden. Vor lauter Verfügungen und Verordnungen ist es jedem nicht ganz leicht, sich herauszufinden.

Das Problem der Arbeitslosigkeit kann nur großzügig gelöst werden — nicht vom grünen Tisch aus.

Bei dem Bankerott der kapitalistischen Gesellschaftsordnung muß den Arbeitslosen gesagt werden, daß sie eine Besserung ihrer Lage nicht von oben herab erwarten dürfen. Nein, sie selbst müssen Hand ans Werk legen.

Arbeitslose, Eure eigene Sache ist es, Euer Los soll und muß gebessert werden. Eure Lage ist unerträglich, sie wird mit jedem Tag unerträglicher. Ihr habt ein Recht auf Arbeit, und so lange man Euch keine geben kann, habt Ihr und Eure Familien ein Recht, zu leben.

Aber nicht „Bettelpfennige", die Euch nach Art des Herrn zu dem Bettler gegeben werden, wollt Ihr haben. Ihr weiblichen Arbeitslosen, die man Euch niedriger bezahlert hat, obgleich Ihr die gleichen Bedürfnisse habt wie die männlichen Lebensgenossen.

Ihr alle, die man mit der Hungerpeitsche züchtigt, zeigt, daß Ihr Eure elementarsten Rechte fordert. Stellt Euch hinter Eure Arbeitslosenräte, denen man teilweise jegliche Anerkennung verweigert. Macht Eure Räte zu dem, was sie sein sollen, oder wählt solche, die Eure Interessen vertreten.

Arbeitslose, Euer Kampf ist hart, Eure Kraft ist die Geschlossenheit und Entschlossenheit. Je größer und schärfer Euer Kampf geführt wird, um so eher wird die gesamte Arbeiterklasse von der Notwendigkeit Eures Kampfes überzeugt sein, sie wird und muß Euch unterstützen.

In der gemeinsamen Front werdet Ihr siegen.

Der Landesausschuß der Erwerbslosen Preußens.

*

Durch den früh einsetzenden Winter werden die Erwerbslosen in eine geradezu verzweifelte Lage gebracht. Der größte Teil der Erwerbslosen ist monatelang ohne Beschäftigung, sie haben alles, was sie entbehren können, ja sogar noch darüber hinaus verkauft oder in den Pfandleihen versetzt. Jetzt, wo sie alles, aber auch alles zu Geld gemacht haben, um ihre nackten Lebensbedürfnisse einigermaßen zu befriedigen, sind sie dem Hunger, den Unbilden des Winters ganz und gar preisgegeben. Der größte Teil der Erwerbslosen ist mit seinen Angehörigen in eine geradezu katastrophale Lage gekommen, die nur durch schnellste und energische Hilfe seitens der Regierung aufzuhalten ist.

Unsere Frauen, welche bisher als die Kulturträgerinnen unserer Nation galten, werden durch die Erwerbslosigkeit der Prostitution in die Arme getrieben, weil die Unterstützungssätze als lächerlich zu bezeichnet sind. Es steht die Volksgesundheit der gesamten Bevölkerung auf dem Spiele, so daß die uns noch einzig rettende Möglichkeit, die körperliche und geistige Arbeitskraft zu erhalten, zunichte wird. Ein Volk, was schon im sechsten Jahre zum Wohle des Vaterlandes hungert und darbt, muß, wenn nicht schleunigst geholfen wird, sittlich und körperlich zusammenbrechen.

Daß unsere Behauptungen nicht als übertrieben betrachtet werden können, beweist zur Genüge der Krankenkassentag der Provinz Brandenburg, welcher am 2. und 3. November in Berlin tagte. Da nur die Erwerbslosen wirtschaftlich am elendsten dastehen und nicht in der Lage sind, sich die rationierten Lebensmittel zu kaufen, hat sich der Arbeitslosenrat im Interesse des Volkswohles entschlossen, folgende Mindestforderungen der Regierung zu unterbreiten:

Forderungen der Arbeitslosen.

1. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf die z. Zt. im Entwurf des Reichsausschusses vorgesehene Höhe.
2. Soll die Unterstützung für Männer und Frauen die gleiche sein.
3. Soll die Unterstützung auch für die Sonntage gezahlt werden.
4. Ist die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge dahin abzuändern, daß bei Erkrankungen die Differenz zwischen Krankenunterstützung und Erwerbslosenunterstützung von der Erwerbslosenfürsorge gezahlt wird.
5. Bei § 6 ist der Passus zu streichen (infolge des Krieges).
6. Sind die vom Militär zur Entlassung kommenden und die vor der Arbeitslosmeldung nicht versicherungspflichtig gewesenen, in der Beitragsklasse wie die in Arbeit stehenden gleichen Berufsangehörigen nach dem tarifmäßigen Lohn zu versichern.
7. Rente der Kriegsbeschädigten darf auf Erwerbslosenunterstützungssätze nicht angerechnet werden.
8. Schaffung eines Reichsarbeitsbeschaffungsamtes mit diktatorischer Gewalt; zu dieser Zentrale sind Vertreter der Erwerbslosen mit Sitz und Stimme hinzuzuziehen.
9. Gewerbsmäßige Stellenvermittlung sowie Zeitungsinserate sind zu verbieten.
10. Sollen die Arbeitslosen von der noch fälligen Steuer befreit werden.
11. Sollen die Städte und Gemeinden bezw. Fürsorgebezirke von der Reichsregierung angewiesen werden, bis zur endgültigen Erledigung dieser Anträge den Arbeitslosen eine besondere Anschaffungsbeihilfe in Höhe von 400 Mark für verheiratete oder die einen eigenen Hausstand besitzen, und 200 Mark für Ledige zu gewähren. Diese Beihilfe ist zur Anschaffung von Feuerung und warmer Winterkleidung, dringend notwendig und daher sofort anzuordnen und zur Auszahlung zu bringen.
12. Verbilligung der Lebensmittel um mindestens 50 %.

Der Reichserwerbslosen-Ausschuß.

Die Arbeitslosen und die Regierung

Paul Seeliger, Steglitz.

Als in der Revolutionszeit die Unterstützungssätze der Erwerbslosen festgesetzt waren, dauerte es gar nicht lange, da begann man mit dem Abbau derselben. Obwohl es feststand, daß auch während der Revolutionszeit die Lebensmittelpreise um 50 bis 100 Prozent gestiegen sind. Es zeigten sich bei nunmehr stattfindenden Unterredungen über die Lage der Erwerbslosen mit den Dezernenten der Reichsregierung, daß sie der Angelegenheit sehr „wohlwollend" gegenüberstehen, aber mit dem Hinweis auf die kritische Finanzlage, in der sich das Reich befinde, versagen sie alle Hilfe. Es ist und bleibt unverständlich, daß für die Besserung der traurigen Lage, in der sich die Erwerbslosen befinden, kein Geld vorhanden sein soll. Es ist ein zum Himmel schreiender Jammer, daß in der „Revolutionsregierung", in der ja auch ehemalige Arbeiter sitzen, nicht ein einziger Mann sich befindet, der, wenn er das Einsehen hat, daß den Aermsten der Armen geholfen werden muß, nicht den Mut findet, helfend einzugreifen. Wir werden, wenn wir mit diesen Leuten sprechen, wohl über die sogenannten Erwägungen nicht hinauskommen. Es wird kein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte darstellen, wenn man später erfährt, wie das Geld für alle möglichen Zwecke milliardenweise bereit gestellt wurde; daß aber für die armen Arbeitslosen nicht einmal eine einzige Milliarde geopfert werden konnte. Da, wo man im Interesse der Volksgesundheit nicht genug Geldmittel zur Verfügung stellen sollte, sperrt man sich dagegen. Es scheint in Kreisen der Regierung der irrtümliche Glaube zu bestehen, daß eine Ausgabe für die Erwerbslosen vom Reich nicht getragen werden könne. Sie sehen nicht, daß ein Wiederaufbau unserer Wirtschaft unmöglich ist ohne Volksgesundheit, ohne Arbeitskraft des Volkes. Hierauf müßte die Regierung ihr Hauptaugenmerk richten. Hunderte, ja tausende Millionen sind nicht imstande, daß Wirtschaftsleben wieder aufzurichten, wenn das Proletariat gesundheitlich und körperlich zusammengebrochen ist.

Daß wir auf dem Wege dazu sind, beweist der Provinzialtag der Provinz Brandenburg, der am 2. und 3. November in Berlin tagte. Auf dieser Tagung wurde folgendes festgestellt: Die Tuberkulose hat im Jahre 1917 um 50 Prozent zugenommen. Im Jahre 1918 ist dieselbe um 70 Prozent gestiegen. Bei jedem Todesfall sind in der Umgebung 5 Ansteckungsfälle zu verzeichnen. Es sind im letzten Jahre 160 000 Menschen an der Grippe gestorben, so daß man ruhig die Behauptung aufstellen kann, daß die Volksgesundheit an einem kritischen Punkt angelangt ist.

Sind nicht diese Feststellungen geradezu eine erschreckende Anklage gegen unsere heutige bestehende Gesellschaftsordnung? Sind nicht die Erwerbslosen der Gefahr des Siechtums am meisten ausgesetzt, da ihnen ihre Unterstützungssätze nicht einmal erlauben, sich die rationierten Lebensmittel auf Lebensmittelkarten zu kaufen? Es ist doch eine feststehende Tatsache, daß Menschen, welche unterernährt sind, am meisten der Gefahr ausgesetzt sind, zu erkranken. Nicht nur die Regierung, sondern jeder sozial denkende Mensch müßte dafür eintreten, daß die Unterstützungssätze der Erwerbslosen so geregelt werden, daß es ihnen möglich ist, die notdürftigsten Lebensmittel zu kaufen. Wann wird nach dieser Richtung hin einmal geschehen?

Wohlfahrtsministerium und Arbeitslose

Durch das Wohlfahrtsministerium ist der Erwerbslosen-Fürsorge, Berlin, sowie den Kreisen Teltow-Beskow und Niederbarnim folgendes Telegramm zugegangen:

„Im Interesse der Volksernährung unverzügliche Einbringung Hackfruchternte dringend geboten. Soweit auf dem Lande vorhandene Arbeitskräfte nicht ausreichend, haben städt. Gemeinden alle körperlich geeigneten Erwerbslosen zur Landarbeit zu vermitteln. Bei grundloser Verweigerung der Arbeit ist Erwerbslosenunterstützung gemäß § 8 Reichsverordnung zu entziehen. Zur Behebung von Unterbringungsschwierigkeiten, zur Beschaffung von Arbeitskleidung mit Werkzeugen können im Rahmen der Verordnung vom 27. Oktober 1919 Reichsgesetzbl. S. 1887 Art. 1 Ziff. 5 Mittel der Erwerbslosenfürsorge verwendet werden. Ersuche, in diesem Sinne auf alle Gemeinden einzuwirken. Veranlaßt das Weitere.

Unterschrift, Oberpräsident.

Durch den Dezernenten der Erwerbslosen-Fürsorge, Herrn Stadtrat Sassenbach, sind daraufhin sofort alle in Frage kommenden Körperschaften zu einer Aussprache zusammenberufen worden, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war, daß die Vertreter der Arbeitsnachweise erklären mußten, daß alle für die Landwirtschaft gemeldeten offenen Stellen restlos besetzt worden sind, und daß es trotz großer Bemühungen nicht möglich war, mehr Arbeitslose in der Landwirtschaft unterzubringen, obwohl ständig Kommissionen unterwegs waren, um den ländlichen Arbeitgebern Arbeitskräfte anzubieten, die sich zahlreich zur Annahme der Arbeit auf den Arbeitsnachweisen gemeldet hatten. Auch die Zentralauskunftsstelle der Groß-Berliner Arbeitsnachweise meldet, daß zurzeit auch nicht eine Anforderung auf landwirtschaftliche Arbeiter vorliegt. Dasselbe bestätigten in der am Sonnabend stattgefundenen Hauptausschuß-Sitzung die Vertreter der beiden Landkreise. Auf Grund

Nur der Sozialismus kann helfen.

dieser Feststellungen wurde die Echtheit des Telegrammes sogar von verschiedenen Seiten angezweifelt.

Es fragt sich nun, welche Veranlassung lag vor, diese Telegramme in die Welt zu schicken? Will das Wohlfahrtsministerium jetzt dadurch, daß man versucht, die Erwerbslosen und Arbeiter zu verdächtigen, als wären sie schuld, daß die Hackfruchternte nicht rechtzeitig eingebracht wurde, den Beweis führen, daß von den maßgebenden Regierungsstellen alles geschehen sei, um unsere Ernten zu sichern, und daß nur die Unlust der Arbeiterschaft zur Arbeit daran schuld sei, daß wir hungern müssen, so dürfte ihm das schwerlich gelingen. Denn gerade von der linksstehenden Presse ist oft und genügend auf die Gefahren, welche unserer diesjährigen Ernte drohen, hingewiesen worden. Es ist oft genug gezeigt worden, wie die Großgrundbesitzer so gar kein Verständnis für die Dehnung unseres Wirtschaftslebens zeigen, sondern aus ganz bestimmten politischen Gründen die Arbeit in der Landwirtschaft sabotieren und ganze Landstriche bei der diesjährigen Frühjahrsbestellung haben brach liegen lassen. Pflicht

der Regierung wäre es gewesen, gegen diese Herren ganz energisch vorzugehen. Daß sie es unterlassen hat, ist ihre Schuld. Also muß sie auch voll und ganz die Verantwortung tragen. Mir ist bekannt, daß den ganzen Sommer hindurch von seiten der großstädtischen Arbeitsnachweise Kommissionen unterwegs waren, um den Großgrundbesitzern Arbeitskräfte anzubieten. Das Ergebnis war gleich null. Alle Bemühungen scheiterten an dem Starrsinn der ländlichen Arbeitgeber, und somit ist das eingetreten, was von uns schon lange im voraus gesagt worden ist. Tatsächlich sind große Landstriche, in der nächsten Nähe von Berlin, selbst auf städtischen Gütern mit Kartoffeln und Rüben eingefroren und somit für menschliche Ernährung verloren gegangen. Es muß daher in aller Oeffentlichkeit festgestellt werden, daß die Schuld an der zu späten Einbringung der Ernte nicht den Arbeitslosen und Arbeitern zuzuschieben ist, sondern den Regierungsstellen, welche nicht beizeiten eingegriffen haben, um unsere Ernte zu sichern. Auch darauf muß hingewiesen werden, daß es Pflicht des Wohlfahrts-Ministeriums gewesen wäre, anzugeben, wo Arbeitskräfte angefordert werden. Die Arbeitsnachweis- und Arbeitslosen warten darauf. Die ersteren, um Arbeitslose zu vermitteln und die anderen, um lohnende Beschäftigung zu erhalten, um so schnell wie möglich aus der wirtschaftlichen Misere heraus zu kommen, da sie bei der ganz unzulänglichen Arbeitsunterstützung geistig und körperlich zugrunde gehen.

Auch eine andere Frage taucht hierbei auf. Sollte das Unternehmertum hierbei wieder die Hand im Spiele haben, um eine neue Hetze gegen die Arbeitslosen zu entfalten? Auch das dürfte ihnen nicht gelingen. Denn es ist von allen denjenigen, welche sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit intensiv beschäftigt haben, einwandfrei festgestellt worden, daß die Schuld an der Arbeitslosigkeit nicht die Arbeitslosen und Arbeiter trifft, sondern auf ganz anderen politischen Gebieten zu suchen ist.

A. Wurm, Stadtverordneter.
Splittgerbergasse 1.

Landes-Konferenz Norddeutschland

Die Notstandsarbeiter- und Erwerbslosen-Räte Norddeutschlands in Elmshorn am 20., 21. und 22. November 1919.

Die Tagesordnung lautete:

1. Abbau der Erwerbslosenfürsorge.
   a) Klasten. Referentin Genossin Zimmermann-Altona
   b) Mariegelt.
   c) Vertrauensärzte.
   d) Regergeld.
   e) Entschädigungsfrage.
   f) Frauenfrage. Referentin Genossin Zimmermann
2. Die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage und die Erwerbslosen.
3. Notstandsarbeiten.
4. Stellungnahme zur Verurteilung der Erwerbslosen in Bremerhaven.
5. Organisation des Landes-Erwerbslosen-Rates.
6. Finanzwirtschaft.
7. Wahlen zum Landes- und Reichs-Erwerbslosenrat.
8. Verschiedenes.

Vertreten waren 36 Städte mit zirka 100 000 Erwerbslosen und 8000 Notstandsarbeitern, und zwar: Hamburg, Altona, Bremen, Kiel, Friedrichsort, Flensburg, Elmshorn, Schiffbek, Bremerhaven-Lehe-Geestemünde, Vegesack, Delmenhorst, Wandsbek, Bergedorf-Lande, Bramfeld, Uetersen, Pinneberg, Hellbrook, Barmstedt, Egerdorf, Heide, Tönning, Wilster und die Städte des Landgebietes Flensburg.

Die Not der erwerbslosen Frauen

Zöllner-Hamburg eröffnete die Konferenz. Die Wahl des Büros ergibt: I. Vorsitzender Zöllner-Hamburg, II. Vorsitzender Schmidt-Lehe. Schriftführer Filter-Bremerhaven.

Auf Antrag Kaiser-Bremen verfährt die gewählte Mandats-Prüfungs-Kommission bei Festsetzung der Stimmen nach dem Modus, bis 500 je eine Stimme, 500—1500 2 Stimmen, 1500 bis 5000 3 Stimmen, über 5000 4 Stimmen. Es wird beschlossen, jedem Vertreter zu einem Punkt der Tagesordnung nur einmal das Wort zu erteilen, die Redezeit auf 20 Minuten zu beschränken und weiter außer zu Punkt 1a und 1f keine Referenten zu hören, es werden lediglich zu den einzelnen Punkten Sprecher bestimmt.

Zu Punkt 1a führt die Genossin Timmermann-Altona aus, daß die Gleichberechtigung der Frauen nur darin bestände,

> *Erwerbslose sind Reserven des Kapitals.*

diese an die Wahlurne zu schleppen, und dann bliebe alles beim alten. Die Ungerechtigkeit zeige sich besonders bei den Unterstützungssätzen für die Frauen, die geringer seien als für die Männer. Die Not der 30 000 erwerbslosen Frauen Hamburg-Altonas habe das Maß des Erträglichen überschritten. Die Frauen würden gezwungen, ihren Leib den Kapitalisten zu verkaufen, von 600 aufgegriffenen weiblichen Wesen in Berlin seien 500 im Besitz einer Erwerbslosen-Karte gewesen, eine furchtbare Anklage gegen die sozialistische Regierung, deren Geschenke eine Konservation, der Hamburger erwerbslosen Frauen bedeuteten, sie wüßten und würdigten sehr wohl die überaus traurige Lage gerade der weiblichen Erwerbslosen, jedoch sei kein Geld da. Es solle alles wohlwollend geprüft werden. Ein Mädchen unter 21 Jahren erhält 15 Mark wöchentlich Unterstützung, eine Frau mit 2 Kindern 34 Mark wöchentlich, das ist die Erwerbslosenfürsorge. Die Referentin beantragt die Klassenunterschiede abzuschaffen und einheitlich zu regeln.

Mehe-Heide erwartet das Heil von den Gewerkschaften, schlägt vor, die Beamtenvereine zur Hilfeleistung heranzuziehen und gibt bekannt, daß in Heide die Frauen Extra-Unterstützung erhalten und daß dort sogar ein Gutsbesitzer den Erwerbslosen das Fleisch eines Pferdes gestiftet hätte, das ein Bein gebrochen hatte. (Heiterkeit und Bravorufe!)

Nielsen-Flensburg unterstreicht die Ausführungen der Genossin Timmermann und führt aus, daß der Staat sich auf die Dummheit der Frauen stütze, daher das Frauenwahlrecht. Der Staat möge sich auch einmal klar machen, welche ungeheure sittliche Gefahr für das ganze Volk bestünde in dem indirekten Zwang des Staates, durch ungenügende Unterstützung die Frauen der Prostitution in die Arme zu treiben. Ester-Altona: Durch das Wahlrecht der Frauen werden Hoffnungen geweckt, die im Parlament erörtert wurden, die Regierung macht Versprechungen, die Gesamtlage wirken als Beruhigungspillen, nur das eine kann uns allen helfen, die rücksichtslose Beseitigung des Kapitalismus und der Uebergang zum Rätesystem. Er schließt seine sehr gehaltvollen Ausführungen mit dem klassischen Zitat: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.

Zu 1b bis 1e Nielsen-Flensburg. Die Warte- oder Lauerzeit soll abgeschafft werden, Vertrauensärzte lehnen wir ab, es soll jedem Erwerbslosen die Wahl des Arztes freistehen. Die Entschädigung der E.-Räte lehnt Flensburg ab, da eine Beeinflussung der Räte zugunsten der Städte zu befürchten ist. Bender-Flensburg stimmt im allgemeinen mit dem Vorredner überein. Es sprechen noch zu dem Punkt Ramm-Wilster, Krueger-Schiffbek, Küch-Elmshorn, Radusch-Kiel, der sich mit Bremer-Kiel für die Entschädigung der E-Räte einsetzt. Kaiser-Bremen, Meldau-Elmshorn, Ester-Hamburg-Altona, Koch-Hamburg, Filter-Bremerhaven, Mink-Schiffbek, Fibrina-Altona, Duffe-Delmenhorst. Der Punkt findet seine Erledigung durch die Annahme der Anträge unter 4, 5, 6, 7, 8a und 8b.

Die Lage der Erwerbslosen

Zu Punkt 2 Radusch-Kiel. Die Klassenunterschiede lassen sich nur durch das Handeln des Proletariats beseitigen. Die Ungleichheit der Erwerbslosen sollte oberstes Gesetz sein. Die Proletarierschaften sind gelb geworden, die Revolutionierung derselben ist unmöglich. Nur die Selbsthilfe kann den Erwerbslosen helfen und keine Gewerkschaft und keine Partei. Warum sind die Massen indifferent? Weil die Führer die Köpfe der Massen verkleistert haben. Die U. S. P. treibt in Kiel einen Keil in die Erwerbslosen.

Pranborowski-Hamburg. Wir sind mit den sozialen Verhältnissen nicht zufrieden, wir müssen die Massen zu selbständig denkenden Menschen erziehen, die Parteien sind es, die uns in Ketten legen, der Geist soll sich frei machen.

Kaiser-Bremen. Die Parteien sind unbedingt nötig, da der Kapitalismus sich auch in Parteien sammelt. Es ist eine wirtschaftliche Hebung der Lage der Erwerbslosen nicht möglich, ohne die politische Seite zu beleuchten. Die Gewerkschaften helfen uns nicht, sie sind nicht zu revolutionieren, das beweist die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die nicht einmal so viel revolutionäre Kraft besaß, von den alten Schatten loszukommen. Die Gewerkschaften sind als System konterrevolutionär, sie gleichen einer Schere, die die Auswüchse des Kapitalismus beschneiden will, es bedarf aber einer Säge, um den ganzen Baum „Kapital" abzusägen. Der Kapitalismus trägt den Keim der Vernichtung in sich.

Schaumburg-Tönning hält eine Verteidigungsrede für U. S. P., wendet sich gegen Radusch und Kaiser, will die Gewerkschaften revolutionär vorwärts treiben, vertritt den U. S. P.-Abgeordneten Palaziinski-Kiel, der das Prügelstuchen-Essen für die Erwerbslosen so warm empfohlen hatte, führt den Kameraden Przyborowski ab und spielt im übrigen den historischen Materialismus als Trumpf recht häufig aus.

Moser-Hamburg verurteilt den Mißbrauch der Erwerbslosen für politische Zwecke, sieht die Lösung der Erwerbslosen-Frage nur von der wirtschaftlichen Seite an. Er rügt den Ausdruck eines Redners, die Erwerbslosen seien der Sturmtrupp der kommenden Revolution. Voller-Hamburg schließt sich den Ausführungen Mosers nicht an, unterstreicht die Sätze Radusch-Kiel, wonach die Gewerkschaften uns nicht helfen können, da sie mit den alten Statuten fortwursteln.

Krüger-Schiffbek verwirft den Parteizank unter den E.-Räten. Wir sollen den Erwerbslosen helfen und keine Phrasen verzapfen. Die Menschen sollen für die Zukunft erzogen werden, aus Liebe zum Sozialismus sollen wir tätig sein. Er nimmt die Gewerkschaften in Schutz und verteidigt die „Bonzen". Nach weiteren Ausführungen Bremers-Kiel wird ein Schlußantrag angenommen, desgleichen die Resolution Ester-Hamburg unter 9.

Notstandsarbeiten

Gehrken-Wandsbek. Arbeit ist genug vorhanden, die Unternehmer wollen jedoch nicht produzieren.

Moser-Hamburg bedauert, daß die Notstandsarbeiter auf der Konferenz so schwach vertreten sind. Es sei Tatsache, daß, nachdem in Hamburg die Unterstützungssätze heraufgesetzt worden seien, die Erwerbslosen die Arbeitsteilung von den Notstandsarbeitern gefordert hätten. Weiter betont er, daß er das selbst verdiente Brot lieber esse als das Brot der Erwerbslosen. Die Arbeiten, die die Städte in eigener Regie ausführen, sind vielfach teurer als die Arbeiten der Unternehmer, da bei den Notstandsarbeiten der Städte fast hinter jedem Arbeiter ein Baumscher stehe. Diese sollen auch lieber positive Arbeit leisten. Die Notstandsarbeiter sollen bei der Aufstellung über Berechnungen der Arbeiten Kommissionen stellen zur Kontrolle dieser Berechnungen.

Ester-Hamburg betont, daß die Betriebsräte der Notstandsarbeiter nicht dazu da sind, die Arbeiter zur Arbeit anzutreiben. Er lehnt die Verantwortung für geringe Arbeitsleistung ab. In Hamburg gibt es zwei Sorten Notstandsarbeiter, erstens die früheren Regie-Arbeiter, die Entschädigungssummen erhalten, und zweitens Arbeiter, die keine Entschädigungssummen bekommen. Diese Kategorien leisten dieselbe Arbeit. Der Oberbürgermeister in Altona hat einer Kommission gegenüber geäußert, er könne sehr wohl die Notlage der Notstandsarbeiter beurteilen, da er selbst 4 Kinder habe. Die Gleichstellung aller Notstandsarbeiter unter sich ist unbedingt erforderlich.

Meldau-Elmshorn ist durch die Ausführungen Mosers eigentümlich berührt. Die Unternehmer-Lieferanten der Städte nehmen die Konjunktur wohl und nutzen dies gegen die Städte aus. Die Löhne der Notstandsarbeiter sollen mit den ortsüblichen Löhnen gleichstehen. In Elmshorn wurden den Notstandarbeitern erst 0,84 Mk., dann 1,70 Mk. und jetzt werden 2,25 Mk. Stundenlohn bezahlt.

Bender-Flensburg fordert 4,00 Mk. Stundenlohn für die Notstandsarbeiter und wünscht mir Notstandsarbeiten in eigener Regie zu übernehmen. Er lehnt die Kategorie der Notstandsarbeiter überhaupt ab. Es gibt nur Arbeiter und Arbeitslose! — Es werden die Anträge unter 11 und 12 angenommen.

Organisation des Landes-Erwerbslosenrates

Frieling-Altona. Die Arbeit und das Fundament für die E.-Räte-Organisation liegt bei den Orts-Räten. Die Organisation ist nach dem Gedanken des Rätesystems aufgebaut. Er liest mit kurzen Strichen die Organisation der L.-E.-Räte, bes N.-E.-M. durch. Es ist Aufgabe der Landes-Konferenz, die Schlagkraft der Organisation festzulegen. Wir haben ebenfalls einen Anteil an dem Resultat der Produktion wie die arbeitenden Brüder. Die Erkenntnis, daß wir in der allernächsten Zeit vor einem Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit stehen werden, soll und verpflichtet uns, unser Ziel fest ins Auge zu fassen und keine unverantwortliche Politik zu treiben. Um dem Ansturm des Kapitals richtig wirksam

> *Die Unternehmer züchten Erwerbslosigkeit.*

stehen zu können, dazu brauchen wir eine festgefügte Organisation. Es ist notwendig, sowohl lokal als auch zentral zu organisieren. Es ist unmöglich, auf unübersichtlichem Gebiet ein Freund. Wir müssen Richtschnur aus zentralen und über die Vorgänge im ganzen zentrale Aktionen einleiten und über die Vorgänge im ganzen Reich orientiert sein, dann werden wir einst die Möglichkeit haben, unseren Erbfeind, den Kapitalismus zu zerschmettern und ihn die Art an die Wurzeln zu legen. Es heißt vorbereitend organisierend Gewehr bei Fuß zu stehen und die gewaltigen Explosionen der Zukunft abzuwarten.

Kaiser-Bremen. Die Sünden der Gewerkschaften pfeifen die Spatzen von den Dächern. Die Befreiung von der Lohnarbeit ist Sache der Arbeiterklasse selbst. Die Gewerkschaften erreichen nur das nächste und auch nicht mit deren Umwälzung. Ein Verbrüdern mit dem Kapitalismus ist Wahnsinn, nur restlose Besiegung desselben kann die Parole sein. Die Arbeiter-Union ist keine Propaganda-Organisation der K. P. D. Die M.-S. und die U.-S. konnten eine solche Organisation nicht schaffen, da dieselben auf dem Boden der Gewerkschaften stehen. Die Demokratie von heute ist eine bürgerliche Demokratie, sie würde auch dann noch dasselbe bleiben, wenn wir die Mehrheit in den Parlamenten hätten. Die E.-Räte-Organisation kann kein Ding für sich sein, sie muß als Anhängsel in den proletarischen Staat mit übernommen werden und sich einer vorhandenen Organisation angliedern. Das ist die Allgemeine Arbeiter-Union, die als Fundament die Räte-Organisation verkörpert. Das Schwergewicht unserer Organisation hat bei dem Landesverband zu liegen, das Reich hat in der Organisation vollständig, verlagt. Die Landes-Organisation steckt in den Kinderschuhen, im ganzen sind jedoch Fortschritte zu verzeichnen. In den Abwehrungsversuchen der E.-Räte liegt System. Die Gewerkschaften versuchen es überall, sich als berufene Vertreter auszuspielen. Selbst den E.-Räten der M.-S. und U. S.-Richtung muß dieses klar sein. Es gilt die Schwierigkeit nicht zu unterschätzen und sich auf den Endkampf vorzubereiten.

Genossin Guttmann-Hamburg. Im Grunde ist das Rätesystem von den besten revolutionären Parteien angenommen, es sind jedoch Illusionen, wenn wir uns von diesen aufgepfropften Organisationen Erfolg versprechen. Wozu immer die Popanz einer Organisationen? Man soll die Massen selbständig machen, die Organisationen haben bisher im Moment der Aktion immer noch versagt. Das Rätesystem auf unsere Verhältnisse aufbauen zu wollen, ist vollendeter Blödsinn. Die Schemata der U.-S. sind ganz schön, aber undurchführbar. Wir als Erwerbslose sind nicht in der Lage, uns eine Organisation zu schaffen. Die Gewerkschaften sind an der Arbeit, uns den Garaus zu machen, desgleichen die kommende Erwerbslosenversicherung. Die gewinnen Pfennigmachinationen der Gewerkschaften haben die Massen zu sich herübergezogen. Die Erwerbslosen-Frage ist nur durch Einführung einer neuen Gesellschaftsordnung restlos zu lösen. Der Parteistreit muß aufhören, die Arbeiter-Union ist Irrsinn, da sie nach Meinung der Genossin Guttmann den politischen Kampf verneint. Kommen wir auf die realen Verhältnisse. Es ist nichts da, was wir für die Erwerbslosen herausholen könnten. Wenn sich die Arbeiter und auch die Erwerbslosen nicht auf sich selbst besinnen, sich nicht selbst helfen, dann können wir auch nicht helfen!

Moser-Hamburg freut sich als M.-S., daß die positive geleistete Arbeit der Gewerkschaften anerkannt würde und bittet den Antrag Filter-Bremerhaven bereits Kenntnis an die Allgemeine Arbeiter-Union abzulehnen. Die Gewerkschaften haben Großes geleistet. Mit der Entwicklung derselben in der letzten Zeit bin ich nicht einverstanden. Die Gewerkschaften sollten eine Kampfes-Organisation sein. Er würde deshalb eine gewaltige Opposition in den Gewerkschaften begrüßen, damit der Kampfes-Charakter wieder mehr zutage trete. Ihm passen auch viele Führer nicht, er sei jedoch Mehrheits-Sozialist und bleibe es, da er kein Parteizersplitterer sein will. Diejenigen, die sich gegen die Einigung stemmen, sind kurzsichtig oder Verbrecher!

Schluß des Berichts und Anträge nächste Nummer

Landes-Erwerbslosenausschuß Bayerns

Die Tagung des Landesausschusses der Erwerbslosen Bayerns in Regensburg am 6. und 7. Dezember 1919 wird wahrscheinlich grundlegende Aenderungen in der bisherigen Taktik der Führung der Erwerbslosen nach sich ziehen.

Die bisherige Vorstandschaft des Landesausschusses legte ihr Amt nieder.

Die Neuwahl ergab, daß Gleixner (Fürth) als 1. Vorsitzender, Wiesmanger (Augsburg) als 2. Vorsitzender, Linz (Nürnberg) als Schriftführer und die Genossen Degenhart und Pfaumann (München) als Beisitzer gewählt wurden.

Die Vorstandschaft wird in Zukunft den Aktionsausschuß bilden.

*

Die Adressen der Landesausschüsse Preußen, Sachsen, Württemberg usw. sollen schleunigst dem 1. Vorsitzenden des Landesausschusses der bayerischen Erwerbslosen, Genossen Josef Gleixner, Fürth (Bayern), Arbeitsamt, Zimmer 16, mitgeteilt werden.

Kapitalismus

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 4. Oktober bringt folgende Kennzeichnung des kapitalistischen Systems:

„Die hohen Preise, die in Polen und Kurland für Nahrungsmittel gezahlt werden, haben schon seit geraumer Zeit zur Folge gehabt, daß Warenverschiebungen in großem Stile vorkamen. In Memel und Tyditzhnen sind Schieber eifrig an der Arbeit. An der masurisch-polnischen Grenze, ja, an der ganzen Allensteiner Regierungsbezirksgrenze wird ein schwunghafter Handel mit Polen getrieben".

Verantwortlicher Redakteur: Philipp Dengel (Charlottenburg. Verlag der Räte-Zeitung. (Dr. Alfons Goldschmidt, Berlin-Grunewald). Verantwortlich für den Annoncenteil: Paul W. Lesser, Berlin-Steglitz. Druck von Arthur Lehmann, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 46-41.

Erwerbslose!

Die Räte-Zeitung ist beschlußgemäß das Mitteilungsblatt der Erwerbslosenräte. Seit Beginn ihres Erscheinens hat es die Redaktion als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen, die Erwerbslosen in ihrem schweren Existenzkampfe zu unterstützen. Die Erwerbslosen haben ein Blatt. Sie müssen es nur benutzen und beziehen. Sie müssen einsehen, daß sie ihre Bestrebungen fördern, wenn sie ihr Blatt fördern. Erwerbslose! Berichtet der Räte-Zeitung, kauft die Räte-Zeitung. Ihr kauft andere Blätter! Müßtet ihr nicht zuerst euer Blatt kaufen? Die Antwort ist selbstverständlich. Erwerbslose handelt danach!

Redaktion und Verlag der Räte-Zeitung.